



Schule neu denken

PARITÄTISCHE Positionen für eine
Reform des Hessischen Schulwesens

Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Inklusion in hessischen Schulen

Bildung ist von zentraler Bedeutung für das Individuum und für die Gesellschaft als Ganzes. Sie stellt das Fundament unserer modernen Bürgergesellschaft dar.

Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche, selbstbestimmte und umfassende Persönlichkeitsentwicklung und Lebensgestaltung.

In einem modernen Sozialstaat und einer Wissensgesellschaft, die sich als Teil einer globalisierten Welt versteht, ist Bildung ein wesentlicher Schlüssel zu Chancengleichheit und sozialer Teilhabe. Entwicklungs- und Teilhabechancen sowie individueller Wohlstand hängen auch von den eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ab. Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist somit auch die beste Prävention gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Der PARITÄTISCHE ist ein Verband, der auf die Prinzipien der Offenheit, Vielfalt und Toleranz sowie des bürgerschaftlichen Engagements als notwendige Voraussetzungen positiver gesellschaftlicher Entwicklungen und Lösungen sozialer Probleme setzt. Es gehört zu den Kernkompetenzen unseres Verbandes, Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, Gesellschaft aktiv zu gestalten und im Rahmen von Sozialer Arbeit zu Lösungen gesellschaftlicher Probleme beizutragen.

Der PARITÄTISCHE tritt ein für ein hochwertiges und vielfältiges Schul- und Bildungsangebot, das Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten in gleichem Maße offen steht.

Daher ist es für den PARITÄTISCHEN auch selbstverständlich, dass eine konsequente Umsetzung

der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung und damit das Recht auf inklusive Bildung mit allen dafür erforderlichen strukturellen und konzeptionellen Standards zu erfolgen hat. Zur Verbesserung der schulischen Situation kommt es sowohl auf die Bildungs- und Lerninhalte im Einzelnen, als auch auf die Rahmenbedingungen an.

Der PARITÄTISCHE plädiert für eine Reform des Hessischen Schulwesens, die die Verantwortlichkeiten aller Beteiligten im Umfeld von Schule neu regelt und die Rechte und Aktivitäten von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften stärkt, um ein vielfältiges, nachhaltiges und inklusives Bildungsangebot umsetzen zu können.

Eine aktive Gesellschaft lebt von dem Willen der Menschen, ihr Lebensumfeld selbständig zu gestalten und soziale Verantwortung zu übernehmen. Sie basiert auf einem modernen Bürgerethos und der Bereitschaft und der Fähigkeit des selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelnden Individuums. Der Schule kommt bei der Vermittlung dieser ethischen Grundhaltung eine entscheidende Rolle zu: Bildung und Erziehung müssen die individuelle Entwicklung jeder Schülerin und jedes Schülers bestmöglich fördern, um die Kinder in die Lage zu versetzen, als aktive und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und für die Gemeinschaft übernehmen zu wollen und zu können.

Der PARITÄTISCHE fordert daher eine übergreifende Bildungsreform in Hessen, nach der Bildungsprozesse sowohl in der frühen Kindheit als auch im Übergang Schule und Beruf entwicklungsangemessen und kontinuierlich gestaltet werden können.



Die institutionellen Schnittstellen, beispielsweise in der Abgrenzung von Grundschulen zu Kindertageseinrichtungen, müssen von Brüchen befreit werden. Bildungsprozesse müssen in der Grundschule an den unterschiedlichen Entwicklungsverläufen der Kinder orientiert sein und die Chancengerechtigkeit in den Bildungs- und Lernprozessen fördern. Das Zusammenspiel der beiden Bildungsorte Kindertageseinrichtung und Schule bedarf einer gemeinsamen Handlungsperspektive, die in den Grundsätzen und Prinzipien des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren ihren Ausdruck findet.

Als Partner beteiligt sich der PARITÄTISCHE Hessen mit seinen Kompetenzen und seinen Mitgliedsorganisationen der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Migrationsarbeit und aus dem Bereich der Ausbildung und Beschäftigung an einer zukunftsfähigen Gestaltung des hessischen Bildungssystems.

Hessische Politik, Gesetzgebung und Sozialverwaltung werden mit diesem Positionspapier aufgefordert, die Umsetzung von höherer Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit an den hessischen Schulen voranzutreiben und inklusive und fördernde Bildung zu einem Wesensmerkmal gemeinsamen Lernens und Aufwachsens hessischer Schülerinnen und Schüler werden zu lassen.

Der Ausbau einer ganztägigen Schule, die – im Unterschied zur Ganztagschule – Bildungsprozesse durch die Kooperation mit örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe zusammenführt, aber auch eine stärkere Öffnung in

das Gemeinwesen gewährleistet, fördert Synergieeffekte und eine nachhaltige Bildungs- und Sozialplanung der Kommunen.

Schule muss jedes Individuum und seinen Bildungsverlauf stärker in den Blickpunkt nehmen und partizipativer und demokratischer für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Schülerinnen und Schüler organisiert werden.

Schulgebühren in Privatschulen, aber auch ausleseorientierte Schulstrukturen fördern die Selektion und letztlich die Benachteiligung von einkommensschwachen und bildungsfernen Familien.

Ein Mehr an Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit wird sich nur mit spezifischen Konzepten, individuellen und binnendifferenzierten Förder- und Lernmethoden, längerem gemeinsamen Lernen und diskriminierungsfreien Zugängen ermöglichen lassen. Freigemeinnützige Schulen können sich dieser Aufgabe in Anerkennung landesweit gültiger Bildungsstandards nur durch ein gleichzeitiges Mehr an konzeptioneller und organisatorischer Autonomie besser widmen, um somit gezielt auf die individuellen Bildungs- und Lernziele der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können.

Aufgrund ihres eigenständigen Rechtsstatus handeln sie selbstverantwortlich und professionell und benötigen dafür die gleiche Finanzierung wie staatliche Schulen.



Schule neu denken!

■ **Position 1:** *Schule stärkt das Individuum und ist partizipativ-demokratisch organisiert*

Schule neu denken!

Bildungsgerechtigkeit ist eine der wichtigen Voraussetzungen und Spiegelbild einer modernen und demokratischen Gesellschaft. Darunter versteht der PARITÄTISCHE die beste Ausbildung und Förderung von Fähigkeiten und Chancen aller Kinder und Jugendlichen in allen Bildungsbereichen.

Dieses Ziel muss unabhängig von Elternhaus, sozialer Stellung, finanziellen Möglichkeiten, Geschlecht, ethnischer Herkunft und individueller Einschränkung oder Behinderung angestrebt werden.

Bei der Umsetzung dieses Zieles müssen gesellschaftliche, soziokulturelle und strukturelle Benachteiligungen im Bildungssystem ausgeschlossen werden. Nachweislich gibt es in keinem anderen Land der OECD als in Deutschland einen so hohen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status und der ethnischen Herkunft der Eltern einerseits und der Bildungskarriere andererseits. Kinder aus ärmeren oder bildungsfernen Elternhäusern haben empirisch betrachtet dramatisch schlechtere Bildungserfolge als Kinder aus der Mittel- und Oberschicht.

Der PARITÄTISCHE ist überzeugt, dass die Unterstützung bei der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und die Ausbildung und Stabilisierung demokratischer und sozialer Tugenden nur gelingen kann, wenn Eltern und Schülerinnen und Schüler die Bildungsverläufe mitbestimmen und ihre Schule mitgestalten können.

Dazu müssen neue Entwicklungs- und Bildungspartnerschaften zwischen Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Schulträgern gegründet werden. Eine institutionalisierte Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern und Eltern in den entscheidenden Gremien der Schule ist Grundlage für die Übernahme von Verantwortung. Aber auch eine Befähigung von Schülerinnen und Schülern und Eltern durch Beteiligung, Information und Aufklärung über Schul- und Bildungsverläufe ist dazu notwendig.

Die Partizipation von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern an der Schulgestaltung ist Prämisse einer sich bedarfsorientiert entwickelnden Schule und ein Grundprinzip von Integration und Identifikation.

■ **Position 2:** *Schule garantiert Chancengleichheit für jede Schülerin und jeden Schüler*

Schule neu denken!

Das heutige Schulsystem fördert die Segregation, produziert und zementiert soziale Ungleichheiten. Es ist immer noch auslese- statt förderorientiert. Die Zuordnung zu Schultypen, die mangelnde individuelle Förderung, die Dreigliedrigkeit des Schulwesens bzw. die Aussonderung von Kindern mit Behinderungen in Förderschulen und die geringe Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wirken sich besonders negativ und häufig irreversibel auf die Bildungsverläufe von Schülerinnen und Schülern aus.

Der PARITÄTISCHE tritt für die Herstellung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler ein. Schulen müssen

in die Lage versetzt werden, mit spezifischen Konzepten und Methoden die individuellen Bedürfnisse der Kinder besser zu unterstützen. Alle Kinder mit und ohne Behinderung haben ein Recht auf inklusive Bildung mit einem diskriminierungsfreien Zugang und binnendifferenzierten Unterricht.

Die Eltern müssen in den Prozess individueller Bildungsförderung einbezogen und in ihrer Erziehungskompetenz unterstützt werden. Die Schule selbst bedarf bei dieser inklusiven Aufgabenstellung dringend einer besseren Personal- und Sachausstattung und muss in ihren Methoden stärker sozialpädagogisch und lebensweltorientiert ausgerichtet werden.

■ **Position 3:** *Schule erhält eine eigenständige Rechtsform*

Schule neu denken!

Um den individuellen Lern- und Bildungsansprüchen von Schülerinnen und Schülern entsprechen zu können, müssen Schulen in der Lage sein, organisatorische und konzeptionelle Entscheidungen eigenständig vor Ort zu treffen. Schule muss dabei autonom steuerbar sein und befähigt werden, eigenständiges Handeln eigenverantwortlich umzusetzen. Bleibt die staatliche Schule – im Gegensatz zur Schule in freigemeinnütziger Trägerschaft – eine nichtrechtsfähige Untereinheit der Schulbehörde, kann dies nicht gelingen.

Daher muss aus Sicht des PARITÄTISCHEN die moderne Schule ein eigenständiger rechtsfähiger Träger werden, um autonome Entscheidungs- und Planungsspielräume sowie Budget- und Personalhoheit zu erlangen. Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung von Ressourcen für Verwaltung und Organisation, um an den einzelnen Schulen ein professionelles Management zu etablieren.



■ **Position 4:** *Schulen in freigemeinnütziger Trägerschaft erhalten die gleiche Finanzierung wie staatliche Schulen. Der Schulbesuch ist für alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei.*

Schule neu denken!

Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie alle Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen müssen die Möglichkeit bekommen für ihre Schule Verantwortung zu übernehmen.

Der PARITÄTISCHE ist für den Ausbau von freigemeinnützigen, nicht-kommerziellen Schulträgerschaften. Öffentlich oder privat-rechtliche Stiftungen sowie freigemeinnützige Träger erhalten damit die Freiheit, aber auch die volle Verantwortung, gute Bildung für jede Schülerin und jeden Schüler zu ermöglichen.

Zur Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit gehört für den PARITÄTISCHEN auch eine faire und gleiche Finanzierungsregelung staatlicher und freigemeinnütziger Schulträger. Schulen in freigemeinnütziger Trägerschaft müssen dringend aus ihrem unterfinanzierten Schattendasein heraustreten können. In einer pluralistischen Gesellschaft dürfen freigemeinnützige Schulen nicht länger gegenüber staatlichen Schulen benachteiligt werden!

Derzeit stellt das Land Hessen nach dem gültigen Ersatzschulfinanzierungsgesetz einem Kind an ei-

ner Schule in freier Trägerschaft bis zu 40 % weniger finanzielle Unterstützung zur Verfügung als einem Kind in einer staatlichen Schule. Dies ist ungerecht und für die Qualität und Ausstattung der Schule benachteiligend. Engagierte Eltern, Initiativen und soziale Träger benötigen bei der Gründung und dem Betrieb einer freien Schule weitreichende Unterstützung.

Die derzeitig restriktiven Vorgaben durch das Hessische Ersatzschulfinanzierungsgesetz müssen daher grundlegend geändert werden, um staatliche und freigemeinnützige Schulen finanziell gleichwertig zu behandeln.

Der PARITÄTISCHE fordert dringend eine Überarbeitung der hessischen Finanzierungsregelung dahingehend, dass die Förderung eines freigemeinnützigen Trägers mit der Eröffnung der Schule beginnt und sie nachfolgend den gleichen Umfang an Personal- und Betriebsaufwendungen erhält wie eine vergleichbare inklusive staatliche Schule. Damit ist prinzipiell ein kostenfreier Zugang zur schulischen Bildung für Schülerinnen und Schüler verbunden.

■ **Position 5:** *Freigemeinnützige Schulen erlangen im Rahmen landesweiter Bildungsstandards konzeptionelle, pädagogische und organisatorische Autonomie*

Schule neu denken!

Der Staat ist für die Finanzierung und das Angebot eines vielfältigen Schulwesens verantwortlich, sichert die Schulpflicht und garantiert die Standards.

Die jeweiligen Schulen und Schulträger sollten mittels ihrer pädagogischen Konzepte selbst bestimmen, wie sie verbindliche Bildungsziele und -standards erreichen und einhalten. Damit erhalten sie die Möglichkeit, ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit gezielt auf die unmittelbar vor Ort bestehenden spezifischen Bedingungen und Erfordernisse auszurichten sowie die individuellen Bildungs- und Lernziele der Schülerinnen und Schüler zu unterstützen.

Der PARITÄTISCHE tritt dafür ein, dass die Träger von freigemeinnützigen Schulen ihre pädagogischen Konzepte und Bildungsziele im Rahmen landesweiter Bildungsstandards autonom und in eigener Verantwortung bestimmen.



■ **Position 6:** *Ganztägige Schulen werden ausgebaut und integrieren Angebote der Jugendhilfe*

Schule neu denken!

Eine Verbesserung der Chancengleichheit wird nach Ansicht der OECD durch intensiviertere und ganztägige Bildungsmaßnahmen sowie durch eine verstärkte und individuellere Förderung von benachteiligten und beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen erreicht.

Der PARITÄTISCHE tritt dafür ein, Schule zu einem ganzheitlichen Bildungs- und Lernraum für Kinder und Jugendliche auf- und auszubauen. In einer verlässlich ganztägig organisierten Schule müssen formale und nonformale Bildungsinhalte besser zusammengefasst und verknüpft werden. Dabei ist eine rechtlich verbindliche und konzeptionell fundierte

Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Trägern unerlässlich. Freie Träger aus den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe mit Einrichtungen wie z. B. Kindertagesstätten, Horten, Einrichtungen der Erziehungshilfe, Jugendsozialarbeit, freizeitpädagogischen und sportorientierten Jugendarbeit oder heilpädagogischen Förderzentren und Beratungsstellen sowie Schulfördervereine unterstützen ganzheitliche Bildungsprozesse und sind wichtige Partner von Schulen.

Die Kooperation aller Beteiligten muss durch das Land Hessen strukturell und finanziell angeregt, unterstützt und gefördert werden.

■ **Position 7:** *Schule ist sozialraumorientiert*

Schule neu denken!

Es ist unerlässlich, dass Schule die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort berücksichtigt und offen ist für Impulse und Anregungen von außen. Die lokale Vernetzung mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Jugendsozialarbeit sowie die Gewinnung weiterer Kooperationspartner schaffen Synergien, ermöglichen Innovationen und gewährleisten die Verankerung der Schule in der Gesellschaft.

Der PARITÄTISCHE will die staatliche Schule in kommunale Verantwortung überführen, um derzeit bestehende Disparitäten zwischen Verantwortlichkeiten aufzulösen. Schule sollte Bestandteil der örtlichen Sozial- und Versorgungsplanung der Kommunen werden. Dabei müssen die freigemeinnützigen Schulen sowohl in die Schulentwicklungsplanung

als auch in die Sozial- und Jugendhilfeplanung einbezogen sein.

Die bestehende Trennung zwischen Sozial- und Kultuspolitik ist auf lokaler Ebene zugunsten einer kooperierenden schulischen und außerschulischen Bildungsplanung aufzuheben. Hier spielt die Beteiligung der Jugend- und Sportverbände und der örtlichen Kultur- und Vereinsarbeit eine tragende Rolle. Die einzelnen örtlichen Institutionen müssen sich als Partner und Organisatoren von konsistenten und inhaltlich hochwertigen Bildungs- und Lernprozessen für Schülerinnen und Schüler verstehen. Dabei ist eine Institutionalisierung von regionalen Bildungsverbänden zur Vernetzung, Ressourcenbündelung und gemeinsamen Planung dringend erforderlich.



Dieses Positionspapier des PARITÄTISCHEN Hessen zu einer Schulreform wurde auf der Grundlage der Thesen des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes diskutiert, modifiziert und erarbeitet mit Unterstützung von PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen und externen Experten.

Redaktion:

Marek Körner, Anne Leinweber, Jürgen Lilischkies,
Lea Rosenberg, Brigitte Roth, Heidi Schlütter,
Sybille Stallmann-Beseler, Annette Wippermann,
Günter Woltering



PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.

Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 / 95 52 62-0, Fax: 0 69 / 55 12 92

E-Mail: info@paritaet-hessen.org

www.paritaet-hessen.org

Vi.S.d.P.: Günter Woltering, Landesgeschäftsführer
März 2011, Auflage: 1.500

Bildnachweis:

Titelbild: Sophie-Scholl-Schule Gießen,
Hermann-Lietz-Schule Bieberstein (S. 4), fotolia.com (S. 3, 5, 6),
Integrative Schule Frankfurt/M. (S. 7), Montessori Schule Wiesbaden
(S. 7),